

Einführung

Die **friedliche Revolution im Jahr 1989** veränderte nicht nur die innenpolitischen, sondern auch die außenpolitischen Optionen und Orientierungen Polens grundlegend.

Ein Leitmotiv war dabei die „**Rückkehr nach Europa**“, verstanden als **Herauslösung aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich** und **Eingliederung in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens**. Konkret hieß das, dass man die Aufnahme in die EG (später EU) und in die NATO anstrebte. Zugleich mussten die Beziehungen zu den neuen Nachbarn im Osten wie im Westen neu verhandelt werden.

Nach 1989 waren nacheinander die UdSSR, der RGW und der Warschauer Pakt zerfallen, die sowjetische Armee hatte nach und nach ihre Stützpunkte in der DDR, Polen und anderen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten geräumt. Nun versuchten die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten und die aus der UdSSR hervorgegangenen unabhängigen Staaten, ihre Beziehungen miteinander zu regeln. Während sich die **Zahl der Nachbarn Polens im Osten und Süden vervielfacht** hatte, gab es im Westen nur noch ein Deutschland.

Mit Russland, der Ukraine, Weißrussland, Litauen und Deutschland schloss Polen nach 1989 **Nachbarschaftsverträge**, in denen die bestehenden Grenzen bestätigt und die Grundlagen für die zukünftige Zusammenarbeit gelegt wurden. Als besonders problematisch erwiesen sich die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, denn durch die Grenzverschiebungen infolge des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibungen gab es in Litauen, Weißrussland und der Ukraine **starke polnische Minderheiten**. Historische Konflikte, die während der kommunistischen Zeit tabuisiert worden waren, wurden nun in den Medien und in der Wissenschaft aufgearbeitet und Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Zukunftsweisend war die Gewährung der Rechte für die polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine, ihre eigenen Organisationen zu gründen sowie Kontakte mit Landsleuten in Polen und ihr kulturelles Erbe zu pflegen.

Das Gleiche galt nun auch für ukrainische, weißrussische und litauische Minderheiten in Polen. 1997 gaben der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski {*kwasch-njewski*} und sein ukrainischer Amtskollege Leonid Kutschma eine „**Versöhnungserklärung**“ ab, in der sie ihr Bedauern über die grausamen und blutigen Ereignisse zwischen beiden Völkern zum Ausdruck brachten. Gemeint waren dabei vor allem die Massenmorde und die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten in den Jahren 1942 bis 1946 sowie die Vertreibung der ukrainischen Minderheit aus Südostpolen 1947, die in jene Gebiete im Westen Polens umgesiedelt wurde (Aktion Weichsel), aus denen 1945 die deutsche Bevölkerung vertrieben worden war.

Nachdem Polen die Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn auf eine neue Grundlage gestellt und die Zustimmung vor allem der USA und Deutschlands gefunden hatte, wurde es im März 1999 – gemeinsam **mit Tschechien und Ungarn – in die NATO aufgenommen**. Für Polen war dies deshalb wichtig, weil die Beziehungen mit Russland und Weißrussland gespannt waren.

Zwischen 1998 und 2003 verhandelte Polen mit der EU über die Beitrittsbedingungen. Zu Beginn waren diese Verhandlungen vor allem von Hoffnungen auf eine schnellere Modernisierung des Landes begleitet. Je weiter sie fortschritten, desto kritischer wurde die Einstellung der polnischen Bevölkerung, die bald befürchtete, eine weitere Liberalisierung des Handels, der ungehinderte Zugang von ausländischen Investitionen und die politischen Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben würden, könnten Polen seiner Souveränität und kulturellen Identität berauben und zur Verarmung des Landes und zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen. Schließlich stimmten aber 2003 in einem Referendum über 77 % der an der Abstimmung teilnehmenden Polen für den EU-Beitritt. Auch in einigen EU-Mitgliedsländern wuchsen die Ängste vor einer ungehinderten Einwanderung von Polen und davor, dass Arbeitskräfte aus Polen die Löhne nach unten drücken könnten.

Bereits kurz nach dem **Beitritt am 1. Mai 2004** erwies sich jedoch, dass fast alle Befürchtungen unberechtigt gewesen waren. Polen emigrierten vor allem nach Großbritannien, Irland, Schweden und Norwegen, also in Länder, die ihren Arbeitsmarkt geöffnet hatten. Dort war die Arbeitslosigkeit niedriger, es wurden zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht und die bürokratischen Hürden für eine Arbeitsaufnahme waren geringer als in Deutschland, Österreich und Frankreich. **Polens Bauern**, die vor 2004 mehrheitlich gegen

den EU-Beitritt gewesen waren, wurden dank der EU-Agrarsubventionen nun zu **EU-Nutznießern** und Befürwortern der Mitgliedschaft. Umfangreiche, von der EU geförderte Infrastrukturmaßnahmen und die Aufhebung der Grenzkontrollen im Rahmen des Schengener Abkommens (Beitritt Polens am 21. Dezember 2007) sorgten dafür, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in Polen sehr hoch und stabil blieb.

Probleme brachte die neue EU-Außengrenze vor allem für **Polens östliche Nachbarn**, für die es nun schwieriger wurde, nach Polen zu reisen und mit Polen Handel zu treiben.

Durch die Reformen von 1990 und einen erneuten **Reformschub unter der Regierung von Jerzy Buzek** {jeschi busek} Ende der 1990er-Jahre holte Polen wirtschaftlich immer mehr auf. Der Kurs des Złoty und die Realeinkommen stiegen und die Arbeitslosigkeit ging zurück. Polen wurde zu einem **attraktiven Handelspartner**, zog Investitionen an und gewann international an Gewicht. Innerhalb der NATO orientierte sich das Land stark an den USA und unterstützte deshalb auch die von den USA geführte **Intervention in Afghanistan (2001)** und **den Angriff auf den Irak (2003)**.

Das **gesteigerte Selbstbewusstsein Polens** machte sich nach dem EU-Beitritt auch innerhalb der EU-Institutionen bemerkbar. Nach anfänglicher Passivität entwickelte Polen immer mehr Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen der EU und Polens östlichen Nachbarn.

Am 1. Juli 2011 übernahm Polen erstmals die **EU-Ratspräsidentschaft**. In den Leitlinien zur Präsidentschaft war das Selbstbewusstsein nach der gelungenen „Rückkehr nach Europa“ deutlich erkennbar. Auf der Agenda standen die **Liberalisierung des Binnenmarkts**, das **Ankurbeln des Wachstums**, aber auch die **Solidarität**, was sich nicht zuletzt in der **Offenheit gegenüber einer EU-Erweiterung** und besonders im **Engagement für die Östliche Partnerschaft** sowie in der **Unterstützung der Demokratisierung in den arabischen Ländern** gezeigt hat.

Mit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Ende 2015 haben sich die internationalen Beziehungen Polens gegenüber seinen Nachbarstaaten und der EU gewandelt. Durch die positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der vorangegangenen 30 Jahre hat das Land weiter an nationalem Selbstwertgefühl dazugewonnen. So betrachtet die neue polnische Regierung bestimmte Vorgaben vonseiten der EU weiterhin als Einflussnahme auf seine nationale Souveränität. Dabei zielt seine außenpolitische Haltung außerdem auf **eine möglichst eigenständige Position innerhalb der europäischen Gemeinschaft** ab. Obwohl die Zustimmung zur EU in der polnischen Bevölkerung insgesamt hoch ist, ergeben sich mehrere Konfliktpunkte zwischen der rechtskonservativen PiS-Regierung und der EU-Kommission: Mit **Herausbildung illiberaler demokratischer Strukturen** führt vor allem der **Umbau der öffentlich-rechtlichen Medien** und damit verbundene **Einschränkungen bei der freien Meinungsäußerung** sowie die **Umsetzung von Reformen im Justizwesen** zu Uneinigkeit. Durch die zunehmend unter politische Kontrolle der regierenden Mehrheit im Senat gebrachte Medienlandschaft und Rechtsprechung befürchtet die EU in Polen die Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundwerte. Da die EU-Kommission hierin eine Verletzung des bestehenden europäischen Rechts sieht, hat sie im Dezember 2017 auf Grundlage des Artikels 7, Absatz 1 ein **Verfahren zur Prüfung der Unabhängigkeit der Justiz** in Polen eingeleitet. Anfang 2020 wurde dieses durch ein "Monitoring-Verfahren" zur Überprüfung der Situation vor Ort ergänzt.

Die PiS-Regierung versucht **die Beziehungen zu seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten** vor allem **auf Grundlage eigener bilateraler Initiativen** zu stärken. Dieses zeigt sich zum Beispiel in der Beteiligung an einer eher losen Allianz wie der **Visegrád-Gruppe**, in der Polen zusammen mit der Slowakei, Tschechien und Ungarn den Schulterschluss bei außenpolitischen Themen wie der europäischen Flüchtlingspolitik, der Geschwindigkeit der europäischen Integration, institutionelle Reformen sowie eine gemeinsame Haltung gegenüber der Rolle Deutschlands in Europa sowie dem Auftreten Russlands sucht.

Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und der sich demokratisierenden Ukraine sind **durch das historische Narrativ der PiS belastet**, welches die östlichen Gebiete des ehemaligen Polens im heutigen Litauen, der Ukraine und Weißrussland mit seine Vorstellungen einer polnischen Nation Opfern und Helden zusammenbringt. Derlei Spannungen, die auf eine voneinander abweichenden Interpretation historischer Fragen beruht, spiegelt sich beispielsweise auch im Streit mit Russland wider: Zum Jahreswechsel

2019/20 verteidigte der russische Präsident Wladimir Putin beispielsweise den Hitler-Stalin-Pakt 1939 und provozierte international mit der Behauptung, dass Polen eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs habe.

Nach mehrjährigen Vorbereitungen bahnte sich im April 2010 zunächst eine **deutliche Verbesserung des gespannten polnisch-russischen Verhältnisses** an, als Ministerpräsident Wladimir Putin den damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk, aus Anlass des Jahrestags des Massakers von Katyn, zu einem Besuch einlud. Da der damalige Präsident Lech Kaczyński nicht eingeladen war, organisierte er in **Katyn eine eigene Gedenkveranstaltung** mit polnischen Militärs, Politikern und Angehörigen von Opfern des Massakers. Beim Versuch, bei starkem Nebel auf dem nahegelegenen Flughafen von Smolensk zu landen, zerschellte das Flugzeug. Alle Insassen, darunter Kaczyński selbst und zahlreiche andere Politiker und hohe Militärs, kamen dabei ums Leben. Nach der Katastrophe glaubten viele angesichts der Beileidsbekundungen der russischen Regierung und aus der russischen Bevölkerung an eine spürbare Verbesserung im polnisch-russischen Verhältnis. Streitigkeiten bei der Aufklärung des Absturzes und gegenseitige Schuldzuweisungen machten jedoch schon bald einer Ernüchterung Platz. Durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Ukrainekrise seit 2014 verschlechterten sich die gegenseitigen Beziehungen Polens mit Russland weiter. Aus Sorge vor weiteren möglichen Aggressionen auch Polen gegenüber und infolge des NATO-Gipfels 2016 in Warschau kündigte die polnische Regierung ihr Abkommen mit Russland zur Regelung des Grenzverkehrs zur Oblast Kaliningrad.

Polen tritt seit der Ukrainekrise sicherheitspolitisch für eine deutlich verstärkte Grenzsicherung am östlichen Rande Europas ein und befürwortet im Rahmen der NATO-Strategie "Enhanced Forward Presence" die Stationierung von NATO-Truppen in den baltischen Staaten und im eigenen Land. Hierbei kommt der **engen sicherheitspolitischen Anlehnung an die USA** hohe Bedeutung zu. Diese erklärt sich vor allem daraus, dass Polen an autoritär regierte Staaten (Russland und Weißrussland) grenzt und die USA der militärisch mächtigste NATO-Mitgliedsstaat sind. Polnische Regierungen haben sich in der Vergangenheit immer um eine möglichst starke militärische Anwesenheit der USA in ihrem Land bemüht. In einem Konfliktfall würden so fast automatisch US-Truppen in Auseinandersetzungen verwickelt und die USA müssten sich dann in dem Konflikt engagieren. Polen sieht daher allein schon in der Anwesenheit von US-Truppen und militärischen Einrichtungen eine Abschreckung für eventuelle Angreifer. Mitte 2019 bekräftigten der polnische Staatspräsident Andrzej Duda und US-Präsident Donald Trump die gegenseitigen Beziehungen erneut während eines Zusammentreffens, indem weitere bilaterale Vereinbarungen getroffen wurden. Diese beinhalteten auch Lieferungen mit Militärausrüstung sowie die Bereitstellung weiteren militärischen Personals.

Polen ist aufgrund seiner historischen Erfahrungen sicher nicht immer ein einfacher, aber mittlerweile ein berechenbarer, geschätzter und verlässlicher Partner in den internationalen Beziehungen.